

Richtig über soziale Mobilität reden

August Gächter, 2010-11-30

Nullsummenspiele

Das Thema des Aufstiegs und Abstiegs in der sozialen Hierarchie in Österreich wird kaum je erörtert. Es scheint Tabu zu sein, was vielleicht zwei Gründe hat. Der eine ist, dass soziale Gleichheit zumindest seit der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich ein stark ausgeprägter und von der Politik auf allen Ebenen stets bestätigter Grundanspruch ist. Ohne Ungleichheit kann es aber auch keine soziale Mobilität geben. Von ihr zu sprechen oder zu schreiben wäre stets der Aussage gleichgekommen, die beanspruchte und für selbstverständlich genommene soziale Gleichheit existiere in dieser Form nicht. Umgekehrt wäre die Beschäftigung mit sozialer Mobilität angesichts dessen, dass die soziale Gleichheit bis Mitte der 1990er Jahre aber doch sehr ausgeprägt war, irrelevant erschienen. Der zweite Grund liegt vielleicht in jener auf den ersten Blick logisch erscheinenden, trotzdem falschen Auffassung, der Aufstieg der einen könne nur auf Kosten des Abstiegs anderer erfolgen. Arbeitsmarkt und Gesellschaft werden für ein Nullsummenspiel gehalten. Die Beschäftigung der einen ist darin die Arbeitslosigkeit der anderen, der Reichtum der einen die Armut der anderen, der höhere Rang in der sozialen Hierarchie der einen der niedrigere Rang der anderen. So simpel ist die Wirklichkeit aber nicht. Solange es nicht um die ganz feinen Unterschiede geht, können die einzelnen Ränge stärker oder schwächer besetzt sein. Es können also viele in die Mittelschicht aufsteigen, ohne dass wer absteigen muss. Außerdem wächst die österreichische Gesellschaft, und zwar durch Migration. Durch eine ganz eigenartige Blindheit wird meist übersehen, dass soziale Mobilität im Österreich der letzten 60 Jahre nicht sinnvoll diskutiert werden kann, ohne ernsthaft über Einwanderung zu reden. Die unreflektierte Fixierung auf Arbeitsmarkt und Gesellschaft als Nullsummenspiel ist sicher eines der großen Hindernisse für eine politisch ertragreiche Debatte über Ungleichheit, Armut, Einwanderung und einiges mehr geworden.

Hierarchie

Machen wir eine Unterscheidung. Es gibt zum einen Aufstieg in dem Sinn, dass Leute und Haushalte wohlhabender werden. Das können alle parallel zueinander tun, was in Österreich in den meisten der letzten 200 Jahre auch tatsächlich der Fall war, auch für die jeweiligen Einwanderinnen und Einwanderer. "A rising tide lifts all boats", sagt man im Englischen. Erst in den letzten fünfzehn Jahren ist hier ein Problem entstanden. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Löhne der

weißen Männer real stärker gestiegen oder weniger gefallen als jene gleichaltriger Frauen sowie von Männern ohne österreichische Staatsangehörigkeit. Daher ist die Ungleichverteilung der Einkommen größer geworden, nicht weil einige wenige relativ reich geworden wären. Es hat kaum wer die Position in der Hierarchie der Einkommen gewechselt, aber in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung sind die Abstände zwischen den Positionen größer geworden. Darum geht es aber in diesem Beitrag nicht.

Das Thema hier ist eine andere Art von Auf- und Abstieg, nämlich in der gesellschaftlichen Hierarchie, also genau die Positionswechsel, die beim Einkommen nicht stattgefunden haben. Tatsache ist, dass Menschen ganz automatisch alles hierarchisieren. Die Erziehung hat darauf kaum einen Einfluss, denn das Ziel dabei, den eigenen Handlungsspielraum in jeder konkreten Situation ohne den geringsten Zeitverlust zu schätzen, ist überlebenswichtig (Mühler 2008:89f). Richtig zu erfassen, wem gegenüber man im gegebenen Moment zurückhaltend sein müsse, und wem gegenüber man sich Freiheiten nehmen könne, egal ob Tier oder Mensch, Natur oder Phantasiewesen, ist als Fähigkeit zwar erlernt, wird aber von fast allen erlernt. Kindern kann man dabei zusehen, wie sie lernen, die eigene Position in der Hierarchie richtig einzuschätzen, einerseits gegenüber den mehr oder minder gleichaltrigen, andererseits gegenüber älteren und jüngeren. Selbstüberschätzung im falschen Moment kann schmerzhaft und auch tödlich sein, aber das Behaupten des eigenen Rangs gegen Versuche anderer, sich über einen zu stellen, heißt Stolz: Das und das muss ich mir von der oder dem nicht gefallen lassen, sagen die Leute. Natürlich geht es uns allen darum, möglichst wenige über uns und möglichst viele unter uns zu haben, und die Anpassungsleistungen den anderen aufzuerlegen statt uns selbst anzupassen, denn Anpassung ist Unterordnung. Das gleiche gilt für das Lernen. Auch eine Sprache zu lernen, ist ein Akt der Unterordnung, der sich durch irgendeinen in Aussicht stehenden Nutzen rationalisieren, aber niemals ganz leugnen lässt. Könnte man, dann würde man von den Anderen das Erlernen jener Sprache verlangen, die man selbst versteht und spricht, statt umgekehrt. Das sind alles Fragen der Macht, und nur die Macht entscheidet über die Position in der Rangordnung. Das ist in jeder Art von Beziehung virulent, sei sie sexuell, nachbarschaftlich, oder anonym irgendwo im öffentlichen Raum, etwa zwischen Verkehrsteilnehmerinnen bzw. Verkehrsteilnehmern. Das wichtigste aber ist, nicht zu allerunterst in einer Hierarchie zu sein. Michael Marmot (2004) schreibt, alle seine Forschungen bestätigten, dass mit dem Rang in der Hierarchie die Lebensdauer steige. Eine wichtige Frage ist daher auch immer, ob ein Ab- bzw. Aufstieg in der Hierarchie auf Dauer sei oder auf Zeit.

Verständlicherweise haben alle, die nicht ganz oben in der Hierarchie sind, eine kräftige Abneigung gegen Ungleichheit, jedenfalls gegen zuviel davon. Dazu gibt es in der Zwischenzeit einiges an empirischen Ergebnissen aus Experimenten mit menschlichen Probandinnen und Probanden

(Konow 2003; Kenworthy 2005) ebenso wie Beobachtungen an verwandten Gattungen (de Waal 2005). Eine Verteilung, die als ungerecht empfunden wird, provoziert Rache, wenn nicht jetzt, dann später. Bei Branko Milanovic (2003) findet man schöne Beispiele bezogen auf Ungleichheit bei den Einkommen. Diese ganze Literatur handelt jedoch auf der Ebene von Individuen. An dieser Stelle hier geht es jetzt aber um Ungleichheit zwischen Gruppen.

Die Gruppen abzugrenzen, ist die eine Sache. Ist das erfolgt, erscheint es sinnvoll, sie nach vier Kriterien zu betrachten:

- Ihre Kontrolle über Gewaltmittel.
- Ihr Wohlstand, begriffen als privater Besitz an dauerhaften Konsumgütern.
- Ihre zahlenmäßige Größe.
- Die Dauer ihrer bisherigen Anwesenheit am konkreten Ort.

Körperkraft oder gar Waffenbesitz verleiht einen wichtigen Vorteil gegenüber Konkurrenten und Kontrahenten, solange diese nicht ebenso kräftig oder bewaffnet sind (Pitt-Rivers 1992:24f). Für die einzelne Gruppe ist Waffenbesitz daher vor allem von Interesse, wenn sie ihn monopolisieren kann. Dagegen wurde im 17. Jahrhundert das Gewaltmonopol des Staats erfunden, wenn auch nur als kleineres Übel, hat es doch auch oft genug, wenn es einer einzelnen politischen Fraktion oder einer bestimmten Gruppe gelang, den Staat für sich zu monopolisieren, zur Unterdrückung der Bevölkerung und ihrer selektiven Vertreibung und Tötung gedient. In Österreich ist die Frage des Waffenbesitzes gegenwärtig kein Thema, das hinsichtlich der Ungleichheit zwischen Gruppen erwogen werden müsste. Bis jetzt ist es dem Staat über alle Maßen gelungen, das Gewaltmonopol zu behalten. Wäre dem nicht so, dann würde auf jeden Fall erwartet, dass Waffenbesitz den Bürgern vorbehalten ist.

Nicht das laufende Einkommen ist wichtig für den sozialen Status, sondern der Besitz an dauerhaften, somit herzeigbaren Konsumgütern. Dazu gehören besonders auch jene, die man immer und überall mit sich herumträgt, so die Kleidung, die Uhr, der Schmuck, die Handtasche, das Telefon und andere elektronische Kleingeräte, das Fahrzeug. Weiter gehören dazu die Größe und die Lage der Wohnung, auch ihre architektonische Gestaltung, sowie ihre Ausstattung vom Herd über die Spülmaschine usw. zum Fernseher, den Möbeln, Bildern, Teppichen und Pflanzen. Ein Haustier ist oft einer der ersten Luxusgegenstände, den sich ein Haushalt leistet. Auch mit relativ geringen Einkommen kann langes Sparen und der Verzicht auf weniger sichtbaren Luxus, wie etwa auswärts zu essen oder teure Urlaube, zum Erwerb all der sichtbaren Zeichen des Wohlstands führen. Eine wichtige Frage dabei ist auch immer, wie sehr es Eltern gelingt, dieses Ziel gegen die Konsumansprüche der Kinder zu verteidigen, oder wie sehr es einem Elternteil

gelingt, das Ziel gegen den Rest des Haushalts zu verteidigen, ohne dass die Familie dabei zerbricht. Einwandererhaushalte beginnen in der Regel bei Null, während einheimische Haushalte durch Geschenke, Erbschaft und informelle Nutzungsrechte relativ rasch zu Besitz kommen. Das ist der große Unterschied zwischen den beiden. Insofern der soziale Rang sich im Besitz ausdrückt, wird von Einwandererhaushalten ganz klar erwartet, ärmer zu sein. Sie sollten Wohnungen haben statt Häusern, weniger und billigere Geräte, vor allem auch weniger am Körper sichtbaren Luxus einschließlich Auto. Daher kommt es durchaus auch zu Anfeindungen und Verdächtigungen, wenn manche von ihnen relativ rasch mittelschichttypischen Besitz aufbauen (Sutterlüty/Walter 2005; Neckel/Sutterlüty 2006; Sutterlüty 2006). Umgekehrt ist es für die tatsächlich Ärmeren aber natürlich gerade wichtig, hier auch Gleichheit zu demonstrieren und zu beanspruchen, zumindest bei einer ausgewählten Sache, etwa dem Auto oder der Kleidung. Nicht zuletzt ist das am Beziehungsmarkt relativ wichtig. Zum Besitz an langfristigen Konsumgütern gehören auch Wahrheiten aller Art, also „Weisheit“, religiöser Glaube und ähnliches. Wahrheit besteht in vollständiger Information. Mehr Information zu haben, heißt, sich der Wahrheit näher wähnen. Das kann auf Wetterregeln ebenso bezogen sein wie auf jede andere Art örtlich relevanter Erfahrung, egal ob sie die Preise oder die Gottgefälligkeit betrifft.

Dass die Anzahl ein relevantes Kriterium ist, bestätigt jede Abstimmung. Die legitimierende Annahme ist, dass die große Zahl eher recht habe als die kleine. Tatsache ist aber, dass von der großen Zahl ganz einfach immer die Gefahr droht, dass sie das Recht selbst in die Hand nimmt, wenn man ihr nicht recht gibt. Dazu genügt im Alltag, dass zwei oder drei sich zusammentun. Tief verwurzelt ist jedenfalls, dass ein zahlreicheres Wir Vorrechte in Anspruch nehmen könne. Hierher gehört die Furcht vor der „Überfremdung“. Entstände eine neue Mehrheit, so würde sie selbstverständlich genau jene Vorrechte in Anspruch nehmen, welche vorher die alte Mehrheit durchsetzen konnte.

Ähnlich ausgeprägt ist das Gefühl, wer früher dagewesen sei, habe ein Vorrecht gegenüber später hinzugekommenen. Schlangestehen ist Ausdruck dessen, gibt es aber nur auf der individuellen Ebene und ereignet sich nicht spontan, sondern muss von jenen durchgesetzt werden, welche die Macht dazu haben. Das heißt, im Schlangestehen drückt sich viel eher aus, dass jemand die Macht hat, Regeln zu setzen. Eben diese Macht würden früher Gekommene stets gerne beanspruchen, etwa die älteren Generationen, die Männer, die Einheimischen (also die früher Zugezogenen) usw. Sie verlangen Respekt für die von ihnen gesetzten Regeln, also Unterordnung unter diese Regeln und damit implizit unter jene, welche die Regeln gesetzt haben. Durchsetzen können sie das nur, solange sie die größere Zahl sind und die Gewaltmittel oder den Zugang zu Besitz einschließlich Information kontrollieren. Selbst wenn all dies zutrifft, wird der Respekt schwieriger oder jedenfalls aufwendiger einzufordern, wenn die Neuen die Sprache nicht verste-

hen und / oder sich nicht denselben religiösen Würdenträgern oder auch Lehrern verpflichtet fühlen. Auch das ein Aspekt, der unschwer in den Überfremdungsängsten wiederzuerkennen ist.

Vielleicht müsste man etwas Fünftes dazunehmen, nämlich das Ausmaß an Gemeinschaft innerhalb der Gruppe. Messbar wäre das einmal am Bestand kollektiver Einrichtungen und zweitens den diversen Dimensionen, welche in der sehr heterogenen Literatur zum Thema „Sozialkapital“ vorgeschlagen werden. Im Alltag zeigte es sich vor allem in der Leichtigkeit, mit der es gelingt, Solidarität einzufordern oder kleine Gruppen zu bilden, sei es irgendwo beim Warten, im Wirtshaus oder im Not- bzw Konfliktfall. Bandenkriminalität und Anpöbeleien sind der negative Ausdruck solcher Art von Stärke, der wirtschaftliche Erfolg in „ethnischen Nischen“ ist der positive Ausdruck, wie er heute in den größeren Städten Österreichs, besonders in Wien, deutlich zu sehen ist.

Was gemeinhin „Integration“ heißt, ist, wie sich zeigt, ein Machtspiel. Respekt einzufordern bringt den beteiligten Gruppen real nicht viel, wenn sie das nicht im ganz gewöhnlichen Alltag durchsetzen können. Vielmehr äußert sich darin entweder Hilflosigkeit oder eine Mitteilung, man habe mehr Macht, als es scheine. „Integration“ zu fordern, Sprachlernen zu fordern, Bekleidungs Vorschriften zu machen, sind nichts als Demonstrationen, was man alles ungestraft tun könne, wenn auch oft gepaart mit Zorn darüber, diesen Respekt überhaupt einfordern zu müssen, statt ihn stillschweigend einfach zu erhalten. Umgekehrt drückt die Klage über Diskriminierung gerade auch das Gefühl und die Erkenntnis aus, nachrangig und respektlos behandelt zu werden. Wenn es gelingt, Diskriminierung als legitime Beschwerde zu verankern, dann ist das ein wichtiges Machtmittel. Noch schwieriger als über soziale Ungleichheit und die dazugehörige soziale Mobilität ist es wohl nur, über Macht zu sprechen. Aber auch Macht ist intim mit Ungleichheit verbunden.

In der Verteilung der Berufe relativ zu den Bildungsabschlüssen wird vielleicht am konkretesten sichtbar, welche Gruppe genug Respekt, also Macht, beanspruchen konnte, um die erste Wahl zu haben. Wenn die Arbeitgeber das Gefühl haben, es sei am besten, zuerst Männer eines bestimmten Alters, eines bestimmten Aussehens und Auftretens mit einer bestimmten Ausdrucksweise und einem bestimmten Akzent aufzunehmen, nach ihnen eine bestimmte andere Gruppe, dann eine bestimmte dritte usw, dann werden jene, welche die erste Wahl haben, am Ende die besseren, also hierarchisch höheren, prestigeträchtigeren Arbeitsplätze besetzen.

Je größer die Überlegenheit einer Gruppe hinsichtlich der Bewaffnung, der Anzahl, des Besitzes, der Anwesenheitsdauer, vielleicht des inneren Zusammenhalts, desto besser müsste ihre berufliche Positionierung relativ zu ihren Bildungsabschlüssen sein. Die Abgrenzung der Gruppen müsste sich für einen Test dieser Hypothese an der öffentlichen Wahrnehmung orientieren, also

nicht am Kriterium Staatsangehörigkeit oder des Geburtsstaats, aber auch nicht an jenen feineren ethnischen und religiösen Unterscheidungen, welche der Öffentlichkeit eines Einwanderungslandes gar nicht bekannt sind. Das größere Problem ist, dass über manche der Variablen, etwa den Besitz an langlebigen Konsumgütern oder noch mehr über den Zusammenhalt, bis jetzt nur wenig zuverlässige Information vorliegt.

Verdrängung nach oben

Es mag verblüffen, aber es gibt Grund zu der Behauptung, Aufstieg in der sozialen Hierarchie sei in Österreich in den letzten 50 Jahren der Normalfall, Abstieg die Ausnahme gewesen, und dass das sehr viel mit der Einwanderung dieser Zeit zu tun hat. Abstieg gibt es vermutlich nur in relativ geringem Maß, und wenn, dann wohl am ehesten als Folge von Krankheit und Invalidität. Die Absteiger sind aber nicht der Ersatz für Aufsteiger. Der Ersatz kommt von woanders, immer schon und überall, nämlich aus der Einwanderung. Die Bevölkerung Österreichs hat im laufenden Jahrzehnt um rund 50.000 pro Jahr zugenommen, davon 95% durch Einwanderung. Die Einwanderinnen und Einwanderer füllen regelmäßig die Arbeitsplätze am unteren Ende der beruflichen Hierarchie. Vielleicht kann man die Behauptung wagen, Einwanderung sei eben gerade deshalb unvermeidlich. Sie stellt dauernd das Personal für jene Tätigkeiten in den Betrieben und Haushalten bereit, für die ansonsten jemand sozial absteigen müsste, um sie auszufüllen. Für die Einwanderinnen und Einwanderer selbst war diese Situation bis in die 1980er Jahre oft nicht eindeutig als Auf- oder Abstieg zu identifizieren, weil sie weitgehend aus strukturschwachen ländlichen Verhältnissen stammten.

Auch wenn durch Einwanderung in der österreichischen Gesellschaft Abstiegsschmerz vermieden wird, heißt das nicht, dass sie schmerzlos ist. Sozialen Aufstieg gibt es nicht ohne beruflichen Aufstieg, und dieser ist häufig mit Anstrengung, Risiko und sogar auch Phasen der Arbeitslosigkeit, also mit vielfältigem Stress verbunden. Die bei den Gewerkschaften so übel beleumdete Verdrängung am Arbeitsmarkt ist, wenn sie stattfindet, in der Regel eine Verdrängung nach oben. In diesem Sinn ist sozialer Aufstieg nicht selten erzwungen. Das betrifft heute vor allem die Kinder und Enkel der Einwanderinnen und Einwanderer vergangener Tage. Mit einem dänischen Modell der Arbeitsmarktpolitik, also leichter Kündigung bei gleichzeitig besserer finanzieller (und aufenthaltsrechtlicher) Absicherung während der Arbeitslosigkeit und aktiverer Unterstützung beim Erwerb sinnvoller Qualifikationen, ließe sich das wesentlich stressfreier gestalten, als das heute in Österreich der Fall ist.

Die österreichische Gesellschaft saugt also unten Bevölkerung an und saugt sie dann in der sozialen Hierarchie hoch. Der zweite Teil dauert drei, vier Generationen. In den letzten 150 Jahren hat das verhältnismäßig gut funktioniert. So kam in den 1960er und 1970er Jahren die dritte Genera-

tion aus der Einwanderung von vor 1914 in der Mittelschicht an. Sie war um die 1930er Jahre herum geboren worden. In den 1980er Jahren bestückte sie das Management der verstaatlichten Industrie und hielt Einzug in der Regierung. Dieser berufliche und soziale Aufstieg war nur möglich, weil es Ersatz für die Aufsteiger gab. Den Ersatz stellten ab Mitte der 1950er Jahre die Nebenerwerbsbauern und Pendlerinnen bzw Pendler aus ländlichen Gebieten sowie die Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus anderen Bundesländern, ab Anfang der 1960er Jahre jene aus dem Ausland. Sie übernahmen die wenig prestigeträchtigen Arbeitsplätze und ermöglichten so die Integration der früher Zugezogenen. Integration kann es immer nur mit Neuzuzug geben, niemals vor dem Neuzuzug. Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter kamen weitgehend aus der Landwirtschaft, so wie die Einwanderinnen und Einwanderer vor 1914 und auch die Binnenmigrantinnen und Binnenmigranten weitgehend aus der Landwirtschaft gekommen waren. Stets hatten sie wenig Bildung erhalten, galten wegen ihrer agrarischen Sitten und Gebräuche als rückständig und störend, und waren am Arbeitsmarkt ebenso wie am Wohnungsmarkt wenig anspruchsvoll, was sie dem Verdacht auslieferte, prinzipiell unsolidarisch zu sein. In Deutschland erwies sich die tragende Rolle, welche aus der Türkei stammende Beschäftigte beim (wildem) Streik bei Ford (Köln) 1973 gespielt hatten, als Augenöffner für die Gewerkschaften. Eine solche Gelegenheit hat es in Österreich nie gegeben.

Heute steht der Aufstieg der Kinder und Enkel aus der Einwanderung der 1960er und 1970er Jahre auf der Tagesordnung und wird ganz allmählich auch in den Daten sichtbar. Das ist ihre „Integration“. Dabei geht es zuvorderst um beruflichen Aufstieg. Auch in diesem Fall kann der Aufstieg nur stattfinden, wenn wer anderer diejenigen Arbeitsplätze übernimmt, die zur Unterschicht machen. Es braucht also neue Einwanderinnen und Einwanderer. Wie die vorigen und vorvorigen, sollten sie aus bäuerlichen Verhältnissen kommen und relativ wenig Bildung haben – lesen, schreiben und das Einmaleins sollten sie können, mehr wäre nicht gefordert. Unqualifizierte Arbeitskräfte für die niedrigsten Arbeiten kamen stets aus der Landwirtschaft, mussten aber auch stets angeworben werden, da sie sich von selbst in der Regel nur über Pendeldistanzen verfügbar machen.

Wechsel in Angestelltenberufe

Die Sozialversicherungsdaten deuten für den Zeitraum 1998 bis 2004 den Beginn des beruflichen Aufstiegs der Haushalte mit Herkunft aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien an. Leider ist nur eine Unterscheidung zwischen Arbeiterinnen bzw. Arbeitern und Angestellten möglich, nicht nach Qualifikationsebenen der Berufe von Arbeiterinnen bzw. Arbeitern und Angestellten. Die Beamtinnen und Beamten sind in den Daten nicht enthalten, sehr wohl aber die Vertragsbediensteten. Auch Lehrlinge und geringfügig Beschäftigte sind hier nicht enthalten. Zudem handelt

es sich rein um die unselbständig Beschäftigten ohne in irgendeiner Form Selbständige und Arbeitslose. Die Daten liegen auch nur nach der Staatsangehörigkeit vor, sodass die zahlreichen Eingebürgerten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien darin zur Kategorie „Österreich“ gezählt sind.

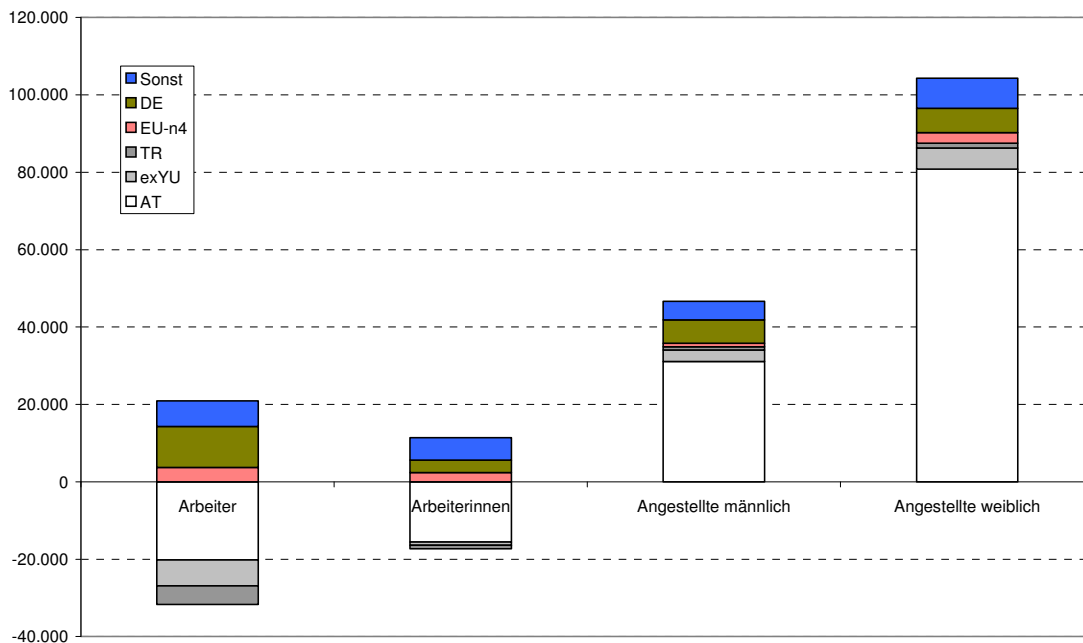
Bei den österreichischen Staatsangehörigen gab es demnach einen Rückgang bei den Arbeiterinnen und Arbeitern, der bei den Männern durch eine Ausweitung bei den Angestellten kompensiert, bei den Frauen stark überkompensiert wurde. Auch bei den Männern mit ehemals jugoslawischer und mit türkischer Staatsangehörigkeit ging die Arbeiterbeschäftigung zurück, wurde aber durch die Ausweitung der Angestelltenbeschäftigung nicht völlig aufgewogen. Man muss hier mitbedenken, dass Einbürgerungen mit zu Verringerungen beitragen. Bei den Frauen dieser beiden Staatsangehörigkeiten expandierte die Angestelltenbeschäftigung stärker als die Arbeiterinnenbeschäftigung, wobei die Arbeiterinnenbeschäftigung bei den Frauen mit türkischer Staatsangehörigkeit sogar leicht zurück ging.

Veränderungen der jahresdurchschnittlichen Beschäftigung in der Privatwirtschaft 1998 bis 2005 nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und arbeitsrechtlichem Status, absolute Veränderungen und Prozentanteile an der Gesamtänderung der jeweiligen Staatsangehörigkeit

Staat	ArbeiterInnen		Angestellte		Gesamt
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Österreich	-20.165	-15.568	31.107	80.840	76.214
ex-Jugoslawien	-6.772	-854	2.931	5.404	708
Türkei	-4.786	-887	855	1.217	-3.600
EU-neu4	3.683	2.413	890	2.743	9.728
Deutschland	10.606	3.168	6.027	6.316	26.117
Sonst	6.610	5.787	4.823	7.752	24.972
Gesamt	-10.824	-5.941	46.633	104.271	134.140

Eigene Berechnungen aus Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger.
EU-neu4 sind Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn.

Veränderungen 1998 bis 2005 der jahresdurchschnittlichen Beschäftigung in der Privatwirtschaft nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und arbeitsrechtlichem Status



Eigene Berechnungen aus publizierten Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger.

Die Tabelle zeigt bei Staatsangehörigen der vier größeren EU-Beitrittsländer 2004 (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn), Deutschlands und der Ländergruppe „Sonst“, dass jeweils die Arbeiter- und die Angestelltenbeschäftigung zunahm. Bei den Männern expandierte die Arbeiterbeschäftigung mehr als die Angestelltenbeschäftigung, wodurch die Verringerungen der Arbeiterbeschäftigung bei den österreichischen und länger etablierten Einwandererstaatsangehörigkeiten zur Hälfte kompensiert wurden. Bei den Frauen dieser Staatsangehörigkeiten expandierte die Angestelltenbeschäftigung mehr als jene der Arbeiterinnen.

Insgesamt zeigt sich ab 1998 bei den früher eingewanderten Staatsangehörigkeiten eine beginnende Verlagerung zu den Angestelltenberufen, weg von den Arbeiterberufen, während die neueren Einwanderergruppen, und besonders die Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit, in die Arbeiterberufe nachrücken.

Es sind also Anzeichen zu entdecken, dass die Pensionierung der Einwanderergeneration bei den Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei ebenso wie bei den österreichischen Staatsangehörigen Plätze in Arbeiterberufen frei macht, in die aber ihre Kinder nicht unbedingt nachrücken. Sie suchen vermehrt den Weg in die Angestelltenberufe. Statt ihnen rücken neue Einwanderinnen und Einwanderer in die Arbeiterberufe nach. Das wäre vermutlich deutlicher zu sehen, wenn die Daten statt bloß der jetzigen Staatsangehörigkeit der Versicherten auch deren frühere Staatsangehörigkeit oder gar den Geburtsort der Eltern enthielten. Klar ist aber,

dass niemand absteigen muss. Die Mittelschicht wird einfach breiter, was einem Sozialmodell entspricht, das zudem die Zustimmung der Bevölkerung genießt (Kenworthy 2005; Taylor-Gooby 2004:39). Abstieg wäre nur nötig, wenn anders der Bedarf an Personal für die wenig qualifizierten und wenig begehrten Arbeiten nicht zu decken wäre. Dieser Bedarf aber wird über Einwanderung gedeckt.

Diesem beginnenden Aufstieg ging in den letzten 20 Jahren der Zuzug und Verbleib von einer halben Million Leuten in erwerbsfähigem Alter voraus. Um den Prozess des Aufstiegs in gang zu halten, wird wohl auch in den nächsten 20 Jahren eine halbe Million erwerbsfähigen Bevölkerungsgewinns aus der Migration nötig sein, und das heißt viermal so viel Zuzug, denn nur etwa jede(r) Vierte bleibt letztlich im Land. Also, reden wir über soziale Mobilität. Das heißt aber, reden wir über Einwanderung, und zwar beruflich wenig qualifizierte, nicht die mythischen Schlüsselkräfte.

Das Problem dabei ist freilich, dass auch die Einwanderung selbst eine Art Bildungsexpansion durchlaufen hat. Annähernd ein Drittel der Einwanderinnen und Einwanderer der letzten 20 Jahre, die heute noch in Österreich leben und in erwerbsfähigem Alter sind, haben einen Abschluss von der Matura aufwärts, ein weiteres Drittel hat Abschlüsse auf dem Niveau von Lehre oder Fachschule, nur rund ein Drittel ist nicht über die Pflichtschule (in österreichischem Sinn von neun Schuljahren) hinausgekommen. Trotzdem sind von jenen, die beschäftigt sind, 56% in un- und angelernten Tätigkeiten, darunter auch ein Drittel jener Beschäftigten, die einen Abschluss von der Matura aufwärts haben, und auch mehr als die Hälfte jener mit einem Abschluss auf dem Niveau von Lehre oder Fachschule. Das trifft Frauen und Männer in gleichem Ausmaß. In jüngerer Zeit war es daher sehr wohl häufig sozialer Abstieg, der in die beruflich niedrigsten Positionen geführt hat, aber es war einer über Staatsgrenzen hinweg, oder er fand, wie etwa im Fall der jugoslawischen Kriegsflüchtlinge, zu erheblichem Teil schon im Herkunftsland statt. Für die österreichische Gesellschaft war er also vergleichsweise schmerzlos. Im Übrigen trifft das alles in noch stärkerem Maß auf den Zuzug der allerjüngsten Zeit zu, der von Familiennachzug einerseits und Asylzuzug andererseits dominiert war. Jene 236.000 Personen (Stand Mitte 2010) in erwerbsfähigem Alter, die seit 1998 von außerhalb der EU15/EFTA Staaten zugezogen sind und noch in Österreich leben, brachten zu etwa 34% Abschlüsse von der Matura aufwärts mit, zu etwa 28% Abschlüsse entsprechend Lehre oder Fachschule und zu etwa 38% höchstens Pflichtschule, wobei die letzteren zum Teil noch in Ausbildung stehen und mittlere oder höhere Abschlüsse erwerben werden. Trotzdem sind 64% der Beschäftigten in un- und angelernten Tätigkeiten zu finden. Ob sich dieser Trend zu steigender, aber nicht anerkannter Bildung des Zuzugs fortsetzen wird, wird man sehen müssen. Genauso gut ist denkbar, dass in Zukunft wieder vermehrt Einwanderinnen und Einwanderer aus ländlichen Verhältnissen mit wenig Bildung verfügbar wer-

den, etwa aus Afrika oder Teilen Zentralasiens, denn auf dem Asylweg entstandene Netzwerke könnten hier als informelles Anwerbeinstrument funktionieren.

Bildungsexpansion

Mit sozialem Aufstieg geht Bildungszuwachs einher. In den 1960er und 1970er Jahren vollendete sich nicht nur der berufliche und soziale Aufstieg der Nachfahren der Einwanderinnen und Einwanderer von vor 1914, sondern es begann auch jener der Frauen in der österreichischen Gesellschaft. Beides war von zunehmender Bildung begleitet. Ohne die Einwanderung seit 1961 wäre die Bildungsexpansion der 1970er Jahre, soweit sie auf die jungen Frauen orientierte war, aber schlicht sinnlos gewesen. Ohne die Einwanderung wäre der „natürliche“ Platz für die jungen Frauen in der Fabrik gewesen. Erst durch die Einwanderung wurde es für sie bzw. ihre Eltern nötig, sich um bessere Arbeitsplätze als die Fabrik umzuschauen und sich dafür fit zu machen. Sie wurden nach oben verdrängt. Die Bildungsexpansion, die unter allen anderen Umständen, hätte sie wer in Angriff nehmen wollen, heftigst bekämpft worden wäre, kam dem entgegen und war nur aus diesem Grund für Eltern, Arbeitgeber, Kirche und Gewerkschaft akzeptabel. Das vollzieht sich nun mit der „zweiten Generation“ völlig ident wieder. Erst seit es Ersatz gibt, ist einem größeren Teil der Öffentlichkeit klar geworden, dass mehr für die Bildung der Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien getan werden könnte und müsste, und dass die Bringeschuld, so es so etwas gibt, beim Gesetzgeber, beim Finanzminister und bei den Schulbehörden liegt, nicht bei den Einwandererfamilien.

Kann saisonale Migration den Zweck nicht auch erfüllen?

Seit 1993, nicht anders als in den 1960er Jahren, versuchen die Sozialpartner und die Regierung, den Bedarf an Arbeitskräften für gering qualifizierte Tätigkeiten durch saisonale Arbeitsmigration abzudecken. Im Gegensatz zu damals, ist das jetzt, soviel man weiß, ein vergleichsweise kleines Programm. Der Grund ist sicherlich, dass es parallel laufend Zuzug anderer Art gibt. Man müsste, gäbe es nicht den Asylzuzug und den Familiennachzug, das Saisonierprogramm sehr stark erweitern, nämlich auf die Dimensionen der späten 1960er Jahre. Da die wenig qualifizierten Tätigkeiten heute stärker als damals im rund um das Jahr aktiven Dienstleistungssektor liegen, und da die Bauwirtschaft zunehmend auch im Winter aktiv ist, entstünde ein starker Druck, aus dem nominellen Saisonierprogramm ein reelles Einwanderungsprogramm zu machen.

Mit dem Wechsel der Saisonierherkunftsländer in die EU – irgendwann auch Kroatien – und dem Verstreichen der Übergangsfristen erübrigt sich solcher Druck vielleicht in absehbarer Zeit. Allerdings kämpfen manche der Herkunftsländer heute schon zunehmend mit Arbeitskräftemangel.

Die EU Kommission macht auch immer wieder Anstalten, ein Programm für den zeitlich begrenzten Aufenthalt von Arbeitskräften aus Entwicklungsländern, besonders Westafrika, zu initiieren. Die Mitgliedsstaaten sind dafür aber praktisch nicht zu gewinnen, was sehr viel mit der Hautfarbe zu tun hat. Die Einwanderung aus Afrika wird sich daher auf andere Art abspielen. Es ist auch völlig unrealistisch, die geordnete Rückreise einer irgendwie nennenswerten Zahl von Arbeitskräften für durchführbar zu halten, es sei denn der Polizeistaat würde doch noch Wirklichkeit. Die Bevölkerungsabteilung der UNO in New York erwartet für die nächsten 30 Jahre eine Verdopplung der Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara. Wie der Kontinent damit ohne Auswanderung großen Stils zurecht kommen soll, kann sich niemand vorstellen.

Alternativen zur Einwanderung beruflich wenig qualifizierter Arbeitskräfte?

„Privilegierten Schichten die Chance abzustiegen“ zu geben, wie Christian Fleck im Standard vom 2007-01-18 zitiert wurde, mag jenen in Österreich, die selbst heute noch darauf vergessen, dass es Einwanderung gibt, als einzige Möglichkeit zu sozialer Mobilität erscheinen. Ohne Einwanderung ist fast jeder Aufstieg einer Person in der sozialen Hierarchie damit verbunden, dass jemand anderer dabei absteigt, zumindest relativ. Linksnationalen, die sich (im Gegensatz zu Fleck) der Einwanderung nur allzu bewusst sind, kann eine solche Paternostergesellschaft sogar als erstrebenswerte Alternative zu Einwanderung erscheinen. Sie ist aber natürlich keine Alternative. Es käme einfach zu einem Einfrieren der bestehenden Positionen. Die ständischen Züge der österreichischen Gesellschaft würden noch ausgeprägter, als sie es schon sind. Doch selbst wenn der Paternoster funktionierte, wäre er kein Ersatz für die migrationsgetriebene Verdrängung nach oben. Beruflicher und sozialer Aufstieg hat starke wirtschaftliche Effekte, da er den Aufsteigern neue Konsummuster ermöglicht, mehr noch, sie von ihnen förmlich verlangt. Im Paternoster würden diese durch den zeitgleichen Abstieg kompensiert. Netto entstünde kein Wachstums- und kein Beschäftigungseffekt. Dagegen hat der fortwährende Aufstieg aus der Armut der letzten 50 Jahre, der durch keinen Abstieg kompensiert war, sehr nachhaltige positive Effekte gehabt.

Der allgemeine Zwang, ganz unten anzufangen und sich hochzuarbeiten (oder auch nicht), war eine Alternative, die im nachrevolutionären Frankreich der 1820er Jahre debattiert wurde. Auch später wurden immer wieder Überlegungen angestellt, wie man vermeiden könnte, dass gesellschaftliche Ränge einfach vererbt werden, während vielleicht Leute mit viel mehr Talent, etwa Schumpeters „Unternehmer“ (1911), nicht in entsprechende Positionen aufsteigen können. Wirklichen ließ sich das noch nirgends, auch nicht in den realsozialistischen Gesellschaften, die dies explizit (mit der Partei als einzigem Aufstiegskanal) anstrebten.

Drittens bliebe der Rückgriff auf die Zwischenkriegsphantasie einer ständischen Gesellschaft, in der alle ihren festen Platz haben und von keiner sozialen Mobilität gestresst oder bedroht sind. In

einer Kastengesellschaft, wie sie auch die Nazis anstrebten, pflanzt sich jede Berufsschicht von Generation zu Generation fort. Es gibt keinen Aufstieg über Kastengrenzen hinweg und keinen Bedarf an Zuzug. Fröre man die heutige österreichische Gesellschaft ein, dann müssten die Nachfahren der Einwanderinnen und Einwanderer der letzten 50 Jahre in alle Zukunft die unterste Kaste bleiben. Wie könnte man sie dazu zwingen? Einzig mit Hilfe krassester Diskriminierung. Das heißt, Diskriminierung hat vielleicht einen Zweck. Sie könnte in vielen Fällen eine Folge des realen, aber nicht eingestandenen Bedarfs der Gesellschaft an untergeordneten Arbeitskräften sein. Stets war der berufliche Aufstieg einer Einwanderergeneration oder ihrer Nachfahren von der Ankunft neuer Einwanderinnen und Einwanderer abhängig.

Der linksnationale Slogan „Integration vor Neuzuzug“ ist daher irgendwo zwischen naiv und zynisch anzusiedeln. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die „ständische Gesellschaft“ gerade zu einer Zeit phantasiert wurde, als die österreichische Politik mit der „Integration“ der Einwanderinnen und Einwanderer aus Böhmen und anderen Teilen des Habsburger Reichs unter rigoroser Ausschließung jeden Zuzugs beschäftigt war. Der Hinweis, es sei genug Personal da, war damals und ist heute keine ausreichende Grundlage für eine Migrationspolitik. Integration besteht im Wesentlichen darin, nicht mehr die Untersten in der beruflichen und sozialen Hierarchie zu sein. Dafür ist laufender Neuzuzug zwingende Voraussetzung.

Abschluss

All das ist sicher ein dritter Grund für die Tabuisierung des Themas soziale Mobilität – es ist aufs Engste mit dem Thema Einwanderung verknüpft. Dabei handelt es sich entweder um die Einwanderung einer kleinbäuerlichen, also armen, wenig gebildeten, religiösen Bevölkerung mit verhüllten Frauen und scheinbar oder wirklich grobschlächtigen Männern oder aber, wie zuletzt, eine Einwanderung von Gebildeten, denen die Bildung aberkannt und die Anerkennung verweigert werden muss. Über beides schweigen wir lieber. So wenig man sich wundern muss, dass soziale Mobilität nicht vernünftig besprochen werden kann, muss man sich daher auch wundern, dass die österreichische Gesellschaft und sogar auch ihre Intellektuellen es immer wieder so gut schaffen, das Thema Einwanderung dort zu übersehen, wo es darauf ankäme.

Literaturangaben

Kenworthy, Lane (2005) Jobs with Equality; book in progress 2005-02-12

<http://www.yale.edu/leitner/jobswithequality.pdf> 2007-01-28.

Konow, James (2003) Which Is the Fairest One of All? A Positive Analysis of Justice Theories; Journal of Economic Literature 41/4:1188-1239.

Loycke, Almut (Hg) (1992) Der Gast, der bleibt. Dimensionen von Georg Simmels Analyse des Fremdseins; Campus.

Marmot, Michael (2004) The Status Syndrome: How Social Standing Affects Our Health and Longevity; Owl Books.

Milanovic, Branko (2003) Why we all do care about inequality (but are loath to admit it); manuscript <http://siteresources.worldbank.org/INTDECINEQ/Resources/fredstein.pdf> 2007-01-28.

Mühler, Kurt (2008) Sozialisation. Eine soziologische Einführung; W. Fink Verlag.

Neckel, Sighard / Sutterlüty, Ferdinand (2006) Bashing the Migrant Climbers: Interethnic Classification Struggles in German City Neighborhoods; International Journal of Urban and Regional Research 30/4:798-815 <http://www.ifs.uni-frankfurt.de/people/sutterluety/> 2009-01-27.

Pitt-Rivers, Julian (1992) Das Gastrecht; in: Loycke (Hg) 1992:17-42.

Schumpeter, Joseph Alois (1911) Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung; Duncker & Humblot.

Sutterlüty, Ferdinand (2006) Wer ist was in der deutsch-türkischen Nachbarschaft?; Aus Politik und Zeitgeschichte 40-41:26-34 <http://www.ifs.uni-frankfurt.de/people/sutterluety/>, 2009-01-27.

Sutterlüty, Ferdinand / Walter, Ina (2005) Übernahmegerüchte. Klassifikationskämpfe zwischen türkischen Aufsteigern und ihren deutschen Nachbarn; Leviathan 33/2:182-204.

Taylor-Gooby, Peter (2004) Open Markets and Welfare Values: Welfare Values, Inequality and Change in the Silver Age of the Welfare State; European Societies 6/1:29-48.

Waal, Frans de (2005) Our Inner Ape; Riverhead Books.

Eine frühere Version dieses Textes erschien auf den Seiten 381 bis 396 von: Robert Reithofer (Hg) GegenWelten; Graz: Leykam, 2007.